

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerboten monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Gr. Jägerstraße 14, II. Tel. 3465.  
**Sprechstunde** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expeditoren:** Gr. Jägerstraße 14. Tel. 1769.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6spaltige Zeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung mit Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 172.

Dresden, Montag den 28. Juli 1913.

24. Jahrg.

Gegen die Galtigkeit der Wahl des Genossen Ewald ist von den Konserverativen Protest eingelegt worden.

Im Monat Juni sind die Reichseinnahmen erheblich zurückgegangen.

In London kam es wieder zu wüsten Suffragetten-Paraden.

In Turin streikten die Arbeiter zum Protest gegen die Verteuerung der Lebensmittel.

Nach der Ermordung einiger Dörfer haben sich die Türken in Bulgarien nach Thrakien zurückgezogen.

## Bourgeoisie und Parlamentarismus.

1. Die politische Entwicklung Deutschlands geht einen eigentümlichen Gang. Während der Kapitalismus rasend fortgeschritten macht und die Bourgeoisie immer mehr die Leitung des gesamten Wirtschaftslebens in die Hände bringt, verläßt sie diese nämlich am wirtschaftlichen Einfluß stetig zunehmende Bourgeoisie völlig, dem politischen System des Parlamentarismus, das ihrem Wesen entspricht, zu größerer Macht zu verhelfen, oder läßt den Parlamentarismus sogar verfallen.

Die ganze Regierungsgewalt verbleibt in Deutschland nach wie vor der Bureaucratie, die wiederum in der Hauptsache abhängig ist von der wirtschaftlich schwächsten, entwicklungsfeindlichsten Kapitalistengruppe, dem aristokratischen Großgrundbesitz.

Am deutlichsten springt die Rückständigkeit des deutschen Parlamentarismus in die Augen, wenn man ihn mit den Zuständen in England, dem Lande der würdevollsten parlamentarischen Einrichtungen, vergleicht. In England ist das Ministerium weiter nichts als der Verwaltungsausschuß des Parlaments, genauer gesagt, des Unterhauses, der gewählten Volksvertretung. Verliert ein Ministerium das Vertrauen des Unterhauses, das heißt, entscheidet die Mehrheit der Volksvertreter in einer wichtigen Frage gegen die Regierung, oder verliert die Partei bezw. die Koalition von Parteien, aus der das Ministerium hervorgegangen ist, bei allgemeinen Neuwahlen die Mehrheit, so hat das gesamte Ministerium sein Amt niederzulegen, und der Monarch hat dann die Parteiführung der neuen Mehrheit zur Übernahme der Regierungsgeschäfte zu berufen. Das Ernennungsrecht des Monarchen ist nur nominell. In Wirklichkeit hat er keine freie Wahl. Sogar die Person des Ministerpräsidenten ist schon in dem Wechselsführer gegeben. Wie in England vollzieht sich übrigens der Ministerwechsel auch in anderen parlamentarisch regierten Ländern, jetzt z. B. in Holland und Dänemark.

Das Ministerium wird in England samt und sonders aus Mitgliedern des Parlaments zusammengesetzt, wobei die wichtigsten Posten neuerdings immer mehr dem Unterhause vorbehalten bleiben. Verwaltungsbeamte können es im englischen Staatsdienste höchstens bis zum „permanenten“ Unterstaatssekretär bringen. Jedem englischen Minister stehen nämlich zwei Unterstaatssekretäre zur Seite, ein parlamentarischer und ein permanenter. Da ein Minister nur in demjenigen Hause das Wort ergreifen kann, dem er angehört, muß er in dem anderen durch einen parlamentarischen Unterstaatssekretär vertreten werden, der diesem Hause als Mitglied angehört. Der permanente Unterstaatssekretär hat wie jeder andere Beamte von Beruf überhaupt nicht das Recht, im Parlament zu erscheinen oder gar dort in die Debatte einzugreifen.

In diesen Vorlesungen prägt sich am schärfsten der Unterschied zwischen dem englischen und dem preussisch-deutschen Parlamentarismus aus. Denn in deutschen Parlamenten ist dem Beamtentum sogar eine bevorzugte Stellung eingeräumt. Die Minister gehen durch Ernennung des Monarchen aus dem Beamtentum hervor. Sie können samt ihren Gehilfen im Parlament erscheinen. Ja, in der Debatte ist ihnen eine bevorzugte Stellung eingeräumt, da ihnen auf Verlangen jederzeit das Wort erteilt werden muß, sogar außerhalb der Tagesordnung. Es ist das eine Bestimmung, die eigentlich jeder parlamentarischen Ordnung hohn spricht. Es ist auch bekannt, daß im Reichstage wie im preussischen Parlament die Minister den Anspruch erheben, der Disziplinargewalt des Präsidenten nicht unterworfen zu sein. Dieser Anspruch ist zwar vom Reichstag und seinen Präsidenten nie anerkannt worden; tatsächlich aber haben bisher die Präsidenten es häufiglich vermieiden, ihre Disziplinargewalt gegenüber einem Regierungsvertreter zur Anwendung zu bringen.

Auf die Ministerernennung haben ferner wieder im Reich noch in Preußen Parlamentsbeschlüsse einen entscheidenden Einfluß. Selbst kräftige Mißtrauensvoten fügen weder einem Reichskanzler noch einem preussischen Ministerpräsidenten Wohl oder hat noch keiner jener, vom Monarchen nach freiem Ermessen ernannten Beamten auf die Dauer die Ungnade der kleinen aber mächtigen Junkerclique überstanden, die in der konserverativen Partei ihre parlamentarische Vertretung gefunden hat.

So ist das bei uns herrschende Regierungssystem der bürokratischen Verwaltung mit parlamentarischen Aufzug der letzten Ausdruck der Staatsbeherrschung durch eine Hof-

Militär-, Beamten- und Junkersippe, während das parlamentarische Regierungssystem, wie es in England besteht, der Machtansübung der Bourgeoisie entspricht.

Wohlgemerkt verlangt das Interesse der Bourgeoisie zwar, daß die gesamte Staatsmacht einer gewählten Volksvertretung anvertraut wird, ihr Interesse widerstrebt aber einer weitgehenden Ausdehnung oder völligen Demokratisierung dieses Wahlrechts, da dadurch der Einfluß der arbeitenden und ausgedehnten Schichten des Volkes auf das Parlament zumungunsten der ausgedehnten Bourgeoisie vergrößert wird. Deshalb hatte in England die nämliche Bourgeoisie, die nach ihrem Siege über Hof und Junkertum das parlamentarische Regierungssystem lädenlos ausbaute, gleichzeitig das Wahlrecht zum Unterhause möglichst eingeschränkt. In der Zeit der bürgerlichen Parlamentsherrschaft bedurfte es eines jähen und langwierigen, heute noch nicht zum Abschluß gekommenen Kampfes, um das Wahlrecht allmählich zu erweitern und dadurch der Demokratisierung der Staats- und Wirtschaftsordnung vorzuarbeiten.

Auch in Deutschland entspräche die folgerichtige Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems an sich durchaus dem Eigenbedürfnis der Bourgeoisie. Die Umstände wären einem solchen Vorhaben auch durchaus günstig. Von Jahr zu Jahr offenbart es sich mehr, daß die Hof-, Militär-, Beamten- und Junkersippe nicht der Bewältigung der großen Kulturaufgaben gewachsen ist, die ein modernes, der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung entsprechendes Staatswesen in seinem Schoße birgt.

Trotzdem unternimmt die deutsche Bourgeoisie keinen Versuch, der herrschenden Sippe die Macht zu entwinden, um sie selbst in die Hände zu nehmen. Sie fügt sich natürlich nicht aus Verständnislosigkeit für ihre eigenen Interessen, sondern aus Angst vor dem Proletariat, das als gleichberechtigter Bundesgenosse im Kampfe gegen die herrschende Junkersippe der Bourgeoisie unentbehrlich ist, dem aber schließlich bei der unvermeidlichen weiteren Demokratisierung unserer Verhältnisse die wertvollsten Früchte aus dem gemeinsamen Siege zufallen müssen. So hat die preussisch-deutsche Verfassungsentwicklung eigentlich völlig seit 1871 trotz der sinkenden Befähigung der Regierungssippe, trotz des wachsenden indirekten Einflusses des Proletariats auf die Regierungsgeschäfte, den ihm die stetige Erparung der Sozialdemokratie in den Parlamenten wie im öffentlichen Leben überhaupt verschafft.

Wenn ein Machtmittel wie das Parlament nicht aus unfertigen Zuständen zu der gebotenen größeren Machtentfaltung gebracht wird, so verkümmert es naturgemäß mehr und mehr. So sehen wir denn auch jetzt im Deutschen Reich, daß die bürgerlichen Parteien des Reichstages anstatt durch ausgiebige Debatten über die wichtigsten Tagesfragen die öffentliche Meinung anzuregen und dem Reichstage selbst den erforderlichen Resonanzboden für die Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems im Volke zu verschaffen, gesamtlich alle Erörterungen im Plenum des Reichstages zurückdrängen und sie in den Dunkelkammern der Kommissionsarbeiten abzumurken suchen. Wobei die Bureaucratie natürlich den Vertretern des Bürgerturns nur zu willig hilfreich die Hand bietet.

Nie ist das deutlicher zutage getreten als bei den Kämpfen um die jüngste Militärverfassung. Ganz abgesehen von der sachlichen Stellungnahme, war die Sozialdemokratie die einzige Partei, die ihren parlamentarischen Verpflichtungen in vollem Maße nachkam.

So gleitet überhaupt der Kampf um die Erweiterung der parlamentarischen Rechte aus den erlahmenden Händen der Bourgeoisie über in die jugendfräftigen Hände der Massenpartei des Proletariats. Das ist bei der Entwicklung der deutschen Verhältnisse ein ganz natürlicher Vorgang. Denn auch wir Sozialdemokraten bedürfen der parlamentarischen Machtmittel zur Durchführung unserer Aufgabe: der völligen Demokratisierung von Staat und Gesellschaft.

## Der Balkanwirrwarr.

Heute oder morgen sollen in Bukarest die Friedensverhandlungen beginnen, deren rumänische, bulgarische, serbische und griechische Delegationen bereits unterwegs sind. Ein bulgarisches Gesandnis um einen dreitägigen Waffenstillstand wurde trotzdem von Griechenland abgelehnt. Wie die Belgrader Politika meldet, wird Serbien nach der Besichtigung maßgebender Kreise bei den Friedensverhandlungen folgende Forderungen stellen: Ueberlassung aller von der serbischen Armee zum zweitenmal eroberten Gebiete, Regulierung der alten serbisch-bulgarischen Grenze, Zahlung einer Kriegsschadenszahlung.

In einer Besprechung der politischen Lage schreibt die italienische Tribuna: Die Lage hat sich in den letzten Stunden in ziemlich befriedigender Weise aufgelöst. Folgende neuen Tatsachen liegen heute vor: Sehr wichtige Erklärungen des russischen Ministerpräsidenten Kotschko gegenüber dem Petersburger Korrespondenten der Tribuna. Diese Erklärungen versichern, daß die Schwarze-See-Flotte keine Sonderbehandlung vor Konstantinopel unternehmen wird und daß Rußland keineswegs gesonnen sei, in Armenien einzurücken, ferner, daß die russische Regierung an dem Gewanten festhält, daß eventuelle Aktionen gegen die Türkei von allen

Mächten gemeinsam beschlossen und ausgeführt werden müssen. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung ergeht sich in ihrer Wochenrundschau in einigen recht norddeutsch allgemein gehaltenen Bemerkungen. Sie schreibt:

Es herrscht Einmütigkeit darüber, daß die Mächte die neuesten Vorschläge in Thessalien nicht anerkennen. Auch wenn Europa nicht sofort Gewalt gegen Gewalt setzt, wird die Pforte im Widerspruch zu allen Großmächten die gegenwärtig von ihren Truppen gehaltenen Stellungen dauernd nicht behaupten können. Ein weiteres Eindringen in die benachbarten, von Verteilern zurzeit entvölkerten bulgarischen Gebiete würde die Auslieferung der Türkei für die Erfüllung ihres Wunsches nach günstigerer Abgrenzung in Europa nicht verbessern, sondern Schwierigkeiten nach sich ziehen, die darum nicht weniger groß sind, weil sie nicht logisch im vollen Umfang hervortreten. Ohne in Verhandlungen untereinander zu verorten, werden die Mächte neue Hindernisse, die sich einem haltbaren Friedensschluß auf dem Balkan entgegenstellen, gemeinsam zu beseitigen wissen.

Was die Türkei nicht hindern wird, abzuwarten, welche Mittel die Mächte nun eigentlich zur Durchführung ihres „einmütigen Willens“ anzuwenden gedenken.

### Eine rumänische Zirkularnote.

Paris, 27. Juli. Das Bulgarische Kabinett hat den Gesandten der Großmächte eine Zirkularnote zugestellt, in der auf den bevorstehenden Zusammenritt der Friedenskonferenz in Bukarest hingewiesen und die Befürchtung ausgedrückt wird, daß die Arbeiten der Friedenskonferenz zu keinem Ergebnis führen würden, falls die Großmächte nicht die Respektierung des Londoner Friedensvertrages bei der Pforte erreichen. Denn solange sie nicht erreicht sei, fehle eine sichere Unterlage für die neuen Verhandlungen. Die Großmächte würden deshalb um die erforderlichen Schritte in Konstantinopel gebeten.

### Rumänien der Friedensstifter.

Nach den ersten Tagen einer künstlich angelegten Vegetation ist Rumänien wie dem Vormärts aus Bukarest gefahren wird, zu einer neuen Periode der Gleichgültigkeit übergegangen. — Die Erregung wird bloß von Zeit zu Zeit von dem Zeitungen, die sich ohne Parteinteresse der Regierung verschrieben haben und deren Aktion unterliegen, aufgepeitscht. Die Mobilmachung hat das ökonomische Leben des Landes größtenteils aufgestört. Viele beginnen zu fragen, ob die ganze Kraftentfaltung Rumäniens der Mühe wert war im Verhältnis zu dem angerichteten Schaden.

Das offizielle Blatt der liberalen Partei Vitorul, sowie das Blatt des früheren Landwirtschaftsministers Epoca, welches kriegerische Mächte, begnügen sich nicht mehr mit der mäßigen Forderung der sogenannten strategischen Linie Turucuala-Trobeci-Palica, sondern verlangen das ganze Bled, einschließlich der Städte Ruzhuf, Barua, sowie auch den Distrikt Bibin, wo Rumänien in größerer Anzahl vorhanden seien. Wenn die Regierung sich von diesen gefährlichen Forderungen verführen läßt, und dem bekannten Sprichwort, daß der Appetit während des Essens kommt, folgt, ist es schwer zu ersehen, wohin die herbeigerufenen Konflikte auf der Balkanhalbinsel führen werden.

Rumänien trägt heute die Maske des Friedensstifters und sein Gehörten wird als ein Verdienst von der ausländischen Presse und der öffentlichen Meinung gefeiert. Niemand aber hat sich gefragt, ob eine Oligarchie und besonders die rumänische Oligarchie fähig ist, eine uneigennützigere Friedenspolitik zu treiben.

Die ganze Aktion Rumäniens ist auf das Antreiben Rußlands inszeniert worden. Unsere sogenannten Politiker verlangen, daß man schon am Anfang des Balkankrieges diesen Schritt machen sollte. Damals hatte uns Rußland aber gehindert. Die Ereignisse waren damals auch für die rumänische Oligarchie eine Ueberaschung. Alle Vorbereitungen, Rüstungen und militärischen Maßnahmen wurden erst seit dieser Zeit getroffen. Unter dem Einfluß der Friedensermittlung herab aber die rumänische Oligarchie die Mühsal, das vergrößerte und fegevolle Bulgarien, das ganz Europa moralisch impotentierte, zu demütigen. Sie konnte nicht dulden, daß auf der Balkanhalbinsel Bulgarien das schwerste Gewicht habe.

Diese Eroberungs- und Friedenspolitik wird aber Rumänien teuer zu bezahlen haben. Bulgarien wird in Zukunft alles daran setzen, gegen Rumänien zu agitieren und den von Rumänien jetzt „eroberten“ Boden zurückzufordern. Ohne Rot ist eine eifrig-Lothringische Frage des Orients geschaffen worden. Den ungeheuren bisherigen Militärausgaben des neuen Kurdes in Rumänien werden andere folgen. Anstatt einer vernünftigen Politik, die als Zweck haben müßte, das Volk zu heben, seine wangelhaften elementaren Schulkenntnisse aufzubessern, das allgemeine Wahlrecht einzuführen — werden wir einen unaufhörlchen Millionentanz zur Verteilung der Nation erleben.

Die rumänische sozialdemokratische Partei hat seit Anfang des Balkankrieges einen unaufhörlchen Kampf gegen alle Kriegshetze der interessierten Parteien und deren Presse geführt.

Am dem Tage der Dekretierung der Mobilmachung wurde in Tausenden von Exemplaren ein Manifest verteilt, worin die Partei gegen den Krieg im allgemeinen und besonders gegen einen Krieg gegen Bulgarien heftig protestierte. Es wurde ausdrücklich dargelegt, in welche Gefahr die rumänische Oligarchie die Interessen des Volkes stürzt. An demselben Tage wurde auf Veranlassung der Partei als Zeichen der Solidarität ein Brief an die Hauptstadt als Zeichen des Protestes eingeleitet. Die eindrucksvolle Verlesung, die sich zu einer riesigen Demonstration gestaltet hätte, wurde von der Polizei mit Gewalt aufgebrochen.

Die Ereignisse haben unsere Partei fast aufgelöst, da sämtliche Mitglieder unter die Waffen gerufen wurden. Hoffentlich werden wir in der nächsten Zukunft, wenn endlich wieder Frieden herrscht, durch eine energische Propaganda Wugen ziehen und den Krebserken der rumänischen Oligarchie ein Ende bereiten.